

# Inhaltsverzeichnis

A. Ausgangslage und Gang der Untersuchung	11
B. Reformbedarf und Neugestaltung	13
I. Unzulänglichkeiten der Rundfunkgebühr	13
II. Die zentralen Elemente der Neugestaltung	16
C. Rundfunkverfassungsrechtliche Anforderungen an die Rundfunkfinanzierung	19
I. Rundfunkfreiheit gemäß Art. 5 Abs. 1 Satz 2 Alt. 2 GG	19
II. Staatsferne und Programmautonomie	20
III. Grundversorgung	21
IV. Konsequenzen für die Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks	22
1. Funktionsgerechte Finanzierung durch öffentliche, gemeinwohlgebundene Mittel	22
2. Ausgleich zwischen Finanzierungsanspruch und Mäßigungsanspruch	23
3. Anleitung durch Gesetz und Verfahren	24
D. Der Beitrag als adäquate Abgabenart zur Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks	27
I. Steuern	27
1. Die Voraussetzungslosigkeit der Steuer	27
2. Rundfunk im Gegenseitigkeitsverhältnis	28
3. Unzulässigkeit einer Rundfunksteuer	29
a) Keine eigene Steuer der Anstalten unter dem Grundgesetz	29
b) Tatbestandliche und kompetenzielle Probleme einer staatlichen Rundfunkverbrauchsteuer	31
c) Unzulässigkeit einer sonstigen „Rundfunksteuer“ der Länder	33

4. Rundfunkfinanzierung aus den allgemeinen Steuererträgen?	34
a) Mangels Sachzusammenhangs unzulässige Zweckwidmung einer anderen Steuer	34
b) Unzulässigkeit einer steuerlichen Ergänzungsabgabe zur Rundfunkfinanzierung	37
c) Rundfunkverfassungsrechtlich unzureichende gesetzliche Reservierung allgemeiner Haushaltsmittel	37
II. Sonderabgaben	39
1. Ausnahmsweise Anknüpfung an vorausliegende Sachverantwortung	39
2. Mangelnde Eignung zur Rundfunkfinanzierung	41
III. Gebühren und Beiträge	41
1. Gemeinsamkeiten und Unterschiede	42
2. Eignung von Beiträgen zur Rundfunkfinanzierung	43
a) Programmautonomie und Staatsferne	43
b) Zweckbindung der Abgaben	44
c) Die gebotene Abstraktion vom konkreten Nutzerverhalten	45
d) Bestätigung durch die Rechtsprechung	46
IV. Sonstige Abgaben	48
V. Der neue Rundfunkbeitrag als Beitrag im finanzverfassungsrechtlichen Sinne	49
E. Verfassungsgemäße Ausgestaltung	53
I. Gründe und Grenzen tatbestandlicher Typisierung	53
II. Verfassungsgemäße und gegenwartsgerechte Tatbestandsbildung	54
1. Loslösung vom Gerätebezug und Hinwendung zum Menschen als Informationsempfänger	54
2. Die Adressateneinheit des Haushalts, typisiert im Tatbestand der Wohnung	57
3. Eigenständige Erfassung des nicht privaten, vor allem gewerblichen Bereichs	60
4. Rundfunkempfang im staatlichen Bereich	64
5. Vermutung, Widerleglichkeit und Befreiungen	66

III. Sozialstaatliche Abstimmung	72
1. Teilhabe sozial Schwacher	72
2. Gemeinnützige Einrichtungen	75
IV. Höhe des Beitrags und Verfahren der Bedarfsfestsetzung	77
V. Weitere Verfahrensfragen	78
 F. Zusammenfassung der Ergebnisse	 81
 Rundfunkbeitragsstaatsvertrag	 87